

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

13. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 6. Mai 1959

Nummer 19

Datum	Inhalt	Gliederungs- nummer GS. NW.	Seite
29. 4. 59	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen	200	89
29. 4. 59	Gesetz zur Durchführung des deutsch-belgischen Vertrages	101	89
29. 4. 59	Dritte Verordnung zur Änderung der Verwaltungsgebührenordnung	2013	90
23. 4. 59	Bekanntmachung des Abkommens über die Erweiterung des Abkommens über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden	2253	91
24. 4. 59	Viehseuchenverordnung zur Änderung der Viehseuchenverordnung zum Schutze gegen die Brucellose (seuchenhaftes Verkälben) der Rinder	7831	92
	Berichtigung	232	92

200

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen.

Vom 29. April 1959.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Das Gesetz über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen vom 11. August 1953 (GS. NW. S. 148) wird wie folgt geändert:

§ 29 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:

- „(1) Die kreisfreien Städte und die Landkreise tragen
- | | |
|---------------------------|----------|
| im Rechnungsjahr 1959 | 29 v. H. |
| im Rechnungsjahr 1960 | 28 v. H. |
| im Rechnungsjahr 1961 | 27 v. H. |
| im Rechnungsjahr 1962 | 26 v. H. |
| vom Rechnungsjahr 1963 ab | 25 v. H. |

der dem Lande erwachsenden Kosten der Kreispolizeibehörden mit Ausnahme der einmaligen Baukosten und der Versorgungslasten, die bisher vom Land allein getragen worden sind. Zu den Kosten der Kreispolizeibehörden im Sinne dieser Vorschrift gehören nicht die Aufwendungen für die Wasserschutzpolizeidirektionen.“

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1959 in Kraft.

Düsseldorf, den 29. April 1959.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:

Dr. Meyers.

Der Innenminister

zugleich für den Finanzminister:

Dufhues.

— GV. NW. 1959 S. 89.

101

Gesetz zur Durchführung des deutsch-belgischen Vertrages. Vom 29. April 1959.

Der Landtag hat zur Durchführung des Vertrages vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen (BGBl. 1958 II S. 263) das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Von dem an die Bundesrepublik Deutschland abgetretenen Gebietsteil nördlich der Straßen Roetgen—Fringshaus und Fringshaus—Lammersdorf werden eingegliedert

- a) in die Gemeinde Roetgen, Landkreis Monschau, die Flurstücke
1. Gemarkung Roetgen Flur 5
Nr. 321/12, 322/12, 355/12, 434/12, 435/12, 69/13,
 2. Gemarkung Simmerath Flur 6
Nr. 188/1, 189/1, 323/1, 324/1, 325/1, 331/1,
 3. Gemarkung Lammersdorf Flur 13
Nr. 929/1,
- b) in die Gemeinde Lammersdorf, Landkreis Monschau, die Flurstücke
1. Gemarkung Lammersdorf Flur 13
Nr. 827/1, 831/1, 945/1, 976/1, 979/1, 2, 832/3, 770/4, 1004/88, 1005/88,
 2. Gemarkung Roetgen Flur 5
Nr. 143/7, 291/7, 144/8, 292/9, 295/10, 293/11, 294/12, 353/12, 354/12,
 3. Gemarkung Simmerath Flur 6
Nr. 191/1 und 330/1.

Die Flurstücke sind in Satz 1 mit den katasteramtlichen Bezeichnungen angegeben, die zur Zeit der Bekanntmachung über die Bestimmungen, betreffend die Grenze zwischen Deutschland und Belgien, vom 15. Dezember 1923 (RGBl. 1924 II S. 1) maßgebend waren.

§ 2

In dem Gebietsteil, der nach § 1 in die Gemeinden Roetgen und Lammersdorf eingegliedert wird, treten alle Vorschriften des Landesrechts in Kraft; die im Zeitpunkt der Eingliederung in den Gemeinden gelten, denen der Gebietsteil zugelegt wird; gleichzeitig tritt in diesem Gebietsteil das belgische Recht außer Kraft.

§ 3

Unter Abtrennung von dem Amtsgerichtsbezirk Blankenheim wird die Gemeinde Losheim dem Amtsgerichtsbezirk Gemünd zugelegt. Die Gemeinde Udenbreith bleibt dem Amtsgerichtsbezirk Gemünd zugeordnet.

§ 4

§ 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung findet keine Anwendung, soweit das gemäß Art. 4 Abs. 1 des Vertrages auf das Land Nordrhein-Westfalen übergegangene Eigentum auf die früheren Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger zu übertragen ist.

§ 5

Die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Ausführung dieses Gesetzes werden zu § 3 vom Justizminister, im übrigen vom Innenminister erlassen.

§ 6

Dieses Gesetz tritt hinsichtlich der §§ 1 und 2 mit Wirkung vom 28. August 1958, im übrigen am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Im letzteren Zeitpunkt tritt die Verordnung des Justizministers über die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Blankenheim und Gemünd vom 3. September 1950 (GS. NW. S. 532) außer Kraft.

Düsseldorf, den 29. April 1959.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:

Dr. Meyers.

Der Innenminister:

Dühues.

Der Justizminister:

Dr. Flehminghaus.

— GV. NW. 1959 S. 89.

2013

Dritte Verordnung zur Änderung der Verwaltungsgebührenordnung. Vom 29. April 1959.

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Gesetzes über staatliche Verwaltungsgebühren vom 29. September 1923 (Gesetzsamml. S. 455) in der Fassung des Gesetzes vom 27. November 1925 (Gesetzsamml. S. 162) sowie der Verordnungen vom 18. Januar 1924 (Gesetzsamml. S. 40) und 14. März 1932 (Gesetzsamml. S. 123) wird verordnet:

Artikel I

Der Gebührentarif zur Verwaltungsgebührenordnung (VGO) vom 19. Mai 1934 (Gesetzsamml. S. 261) in der Fassung der Verordnungen vom 12. Juni 1935 (Gesetzsamml. S. 83) und vom 24. März 1936 (Gesetzsamml. S. 84) wird wie folgt geändert:

1. Tarifstelle Nr. 8 d)

An die Stelle des Gebührenrahmens „300 bis 1000“ DM tritt der Gebührenrahmen „5 bis 1000“ DM.

2. Tarifstelle Nr. 9 a)

An die Stelle der festen Gebühr „300“ DM tritt der Gebührenrahmen „30 bis 300“ DM.

3. Tarifstelle Nr. 11

Die bisherige Tarifstelle Nr. 13 wird mit der neuen Überschrift „Bauaufsicht, staatliche“ Tarifstelle Nr. 11.

4. Tarifstelle Nr. 13

Vor Tarifstelle Nr. 13 a „Baustoffe und Bauarten“ wird unter Nr. 13 folgende neue Tarifstelle „Baustatik, Landesprüfamt“ eingefügt:

„13 — Baustatik, Landesprüfamt

I. Gebühren

Für die Inanspruchnahme des Landesprüfamtes für Baustatik

a) Prüfung von statischen Berechnungen

0,70 v. H. des Rohbauwertes
mindestens 30,— DM

b) Prüfung von Nachträgen unzureichender oder fehlerhafter statischer Berechnungen für jede Wiedervorlage

0,15 bis 0,70 v. H. des Rohbauwertes
mindestens 30,— DM

Maßgebend für die Festsetzung soll das Verhältnis des Umfanges des Nachtrages zu dem der Hauptberechnung und der für die Prüfung der beiden Berechnungen nötige Zeitaufwand sein.

c) Prüfung von statischen Berechnungen von Entwürfen, nach denen an verschiedenen Orten gleiche Bauwerke oder Teile von Bauwerken ausgeführt werden sollen (Typenentwürfe)

Die Gebühr von a) und ggf. b) zuzüglich 50% für das zweite und jedes weitere Bauwerk oder Teile von Bauwerken, höchstens jedoch den zehnfachen Betrag von a) und ggf. b).

d) Für die Prüfung von Berechnungen statisch schwieriger Bauten mit geringem Rohbauwert ist die Gebühr in den Fällen a) bis c) nach dem Zeitaufwand (g) zu berechnen, wenn die tatsächliche Leistung durch die unter a) bis c) festgesetzten Gebühren nicht ausreichend abgegolten wird.

e) Hilfeleistung bei der Überwachung eines Bauvorhabens

$\frac{3}{10}$ der Gebühr von a)
mindestens 30,— DM

f) Hilfeleistung bei den Abnahmen eines Bauvorhabens

$\frac{2}{10}$ der Gebühr von a)
mindestens 30,— DM

g) Prüfung von Bemessungstabellen und Erstattung von Gutachten über die Standsicherheit von Bauten nach dem Zeitaufwand, und zwar je angefangene Stunde 10,— DM

h) Entstehen bei Inanspruchnahme des Landesprüfamtes Reisekosten, so sind diese neben den Gebühren zu erstatten.

II. Rohbauwert

Der Rohbauwert eines Bauwerkes ist gleich der Baukostensumme, die für die Herstellung aller bis zur Rohbauabnahme fertigzustellenden Arbeiten und Lieferungen einschließlich der Erdausschachtungsarbeiten und der Gründungen erforderlich ist.

III. Ermäßigungen

a) Besteht der zu prüfende Bau aus gleichartigen Abschnitten, für welche die völlig gleiche statische Berechnung gelten soll, so sind die Gebühren zu I a) und ggf. b) für die Prüfung des zweiten und der weiteren Abschnitte auf je die Hälfte zu ermäßigen. Für nur gleichartige Deckenfelder, Stützenzüge oder Binder in demselben Bauwerk sind Ermäßigungen nicht zulässig.

b) Ist der Umfang eines Nachtrages zu einer statischen Berechnung für ein Bauvorhaben mit einem Rohbauwert von mehr als 20 000 DM sehr gering, so darf die Gebühr zu I b) ermäßigt werden bis auf 30,— DM.“

5. Tarifstelle Nr. 13 a)

Tarifstelle Nr. 13 a) „Baustoffe und Bauarten“ wird wie folgt ergänzt:

- „d) Genehmigung der Übertragung von Rechten aus einer Zulassung oder von Teilen einer Zulassung
75,— bis 250,— DM“

6. Tarifstelle Nr. 13 b)

Hinter Tarifstelle Nr. 13 a) wird folgende Tarifstelle Nr. 13 b) angefügt:

- „13 b) Bauteile besonderer Art
Anerkennung der Eignung zum Herstellen von Bauteilen besonderer Art, wenn der Nachweis geeigneter Fachkräfte und besonderer Werkseinrichtungen erforderlich ist
50,— bis 500,— DM“

7. Tarifstelle Nr. 14

In Absatz 4 wird unter Buchst. c) hinter dem Wort „Beerdigungsscheine“ der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Buchst. d) angefügt:

- „d) Bescheinigung der Anzeige über die Aufgabe eines Gewerbebetriebes nach § 15 Abs. 1 der Gewerbeordnung.“

8. Tarifstellen Nrn. 12 a, 38, 39, 46, 48, 53 und 69 a)

Die Tarifstellen Nrn. 12 a „Baumeister“, 38 „Handwerksbetriebe“, 39 „Handwerkskammern“, 46 „Innungen, Zwangsinnungen, Innungsausschüsse, Innungsverbände“, 48 „Justizangelegenheiten, Sondergebühren“, 53 „Landwirtschaftliches Schulwesen“ und 69 a) „Erlaubnis zum Betrieb einer Privatschule“ werden gestrichen.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 15. Mai 1959 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührenordnung vom 30. Juli 1936 (Zentralblatt der Bauverwaltung S. 880) für das Land Nordrhein-Westfalen außer Kraft.

Düsseldorf, den 29. April 1959.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:

Dr. Meyers.

Der Innenminister

zugleich für den Finanzminister:

Dufhues.

Für den Minister für Wiederaufbau
und für den Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Der Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten:

Niermann.

— GV. NW. 1959 S. 90.

2253

**Bekanntmachung des Abkommens
über die Erweiterung des Abkommens über die
Filmbewertungsstelle in Wiesbaden.**

Vom 23. April 1959.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 21. Januar 1959 dem zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Freie Stadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und dem Saarland abgeschlossenen Abkommen über die Erweiterung des Abkommens über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden vom 20. September 1957 (GV. NW. S. 272) zugestimmt.

Für das Land Nordrhein-Westfalen tritt das Abkommen am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Das Abkommen wird nachfolgend bekanntgegeben.

Düsseldorf, den 23. April 1959.

Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen:
Dr. Meyers.

Abkommen

über die Erweiterung des Abkommens über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden vom 20. September 1957.

Zwischen den Ländern

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Bremen
Hamburg
Hessen
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Schleswig-Holstein und
dem Saarland

wird nachfolgendes Abkommen getroffen:

Artikel 1

Das Saarland tritt dem Abkommen über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden vom 20. September 1957 bei.

Artikel 2

Der gemäß Artikel 3 des Abkommens über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden vom 20. September 1957 eingerichtete Bewertungsausschuß wird um zwei vom Saarland zu benennende Beisitzer und der Hauptausschuß um einen vom Saarland zu benennenden Beisitzer erweitert.

Artikel 3

Dieses Abkommen tritt mit dem 1. April 1958 in Kraft.

Artikel 4

Die Urschrift dieses Abkommens verbleibt bei dem Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung. Jedes der vertragschließenden Länder erhält eine Ausfertigung.

Dieses Abkommen trägt das Datum der letzten Unterschrift.

Das Saarland,

vertreten durch den Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch den Minister für Kultus,
Unterricht und Volksbildung

Saarbrücken, den 23. Juni 1958

gez. Röder

Das Land Rheinland-Pfalz,
vertreten durch den Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch den Minister für
Unterricht und Kultus

Mainz, den 18. Juli 1958

gez. Orth

Das Land Baden-Württemberg,
vertreten durch den Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch den Kultusminister

Stuttgart, den 31. Juli 1958

gez. Simpfendörfer

Der Freistaat Bayern,
vertreten durch den Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch den Staatsminister
für Unterricht und Kultus

München, den 19. August 1958

gez. Maunz

Das Land Niedersachsen,
vertreten durch den Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch den Kultusminister

Hannover, den 17. September 1958

gez. Langeheine

Die Freie Hansestadt Bremen,
vertreten vom Senat,
dieser vertreten vom Senator für das Bildungswesen
Bremen, September 1959

gez. Dehnkamp

Freie und Hansestadt Hamburg,
vertreten durch den Senat,
dieser vertreten durch den Präses der Kulturbehörde
Hamburg, den 13. Oktober 1958

gez. Biermann-Ratjen

Das Land Schleswig-Holstein
vertreten durch den Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch den Kultusminister
Kiel, den 31. Oktober 1958

gez. Osterloh

Das Land Berlin,
vertreten durch den Senat,
dieser vertreten durch den Senator für Volksbildung
Berlin, den 24. November 1958

gez. Tiburtius

Das Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch den Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch den Kultusminister
Düsseldorf, den 13. Februar 1959

gez. Schütz

Das Land Hessen,
gesetzlich vertreten durch seinen Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch den Hessischen Minister
für Erziehung und Volksbildung
Wiesbaden, den 10. März 1959

gez. Schütte

— GV. NW. 1959 S. 91.

7831

**Viehseuchenverordnung
zur Änderung der Viehseuchenverordnung zum
Schutze gegen die Brucellose
(seuchenhaftes Verkalben) der Rinder.**

Vom 24. April 1959.

Auf Grund der §§ 18, 23 und 79 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) in geltender Fassung wird zum Schutze gegen die Brucellose der Rinder für das Land Nordrhein-Westfalen verordnet:

§ 1

Die Viehseuchenverordnung zum Schutze gegen die Brucellose (seuchenhaftes Verkalben) der Rinder vom 10. Januar 1957 (GV. NW. S. 9) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 wird an Buchst. a) folgender Satz angefügt:
„Bei Bullen kann an die Stelle der beiden Blutproben eine Blutprobe und eine Samenprobe treten.“
2. § 5 Buchst. a) erhält folgende Fassung:
„a) bei allen über 18 Monate alten Rindern zwei im Abstand von mindestens 3 Monaten entnommene Blutproben sowie bei sämtlichen milchgebenden Rindern zum gleichen Zeitpunkt und im gleichen Abstand entnommene Einzelmilchproben ein eindeutig verneinendes Untersuchungsergebnis hatten.“
3. § 6 Buchst. a) erhält folgende Fassung:
„a) Blutproben und Samenproben, die Tierärzte entnommen haben.“
4. In § 7 Abs. 2 wird die Zahl „6 Milliarden“ ersetzt durch die Zahl „3 Milliarden“.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 15. Mai 1959 in Kraft.

Düsseldorf, den 24. April 1959.

Der Minister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
des Landes Nordrhein-Westfalen:
N i e r m a n n.

— GV. NW. 1959 S. 92.

232

Berichtigung.

Betrifft: Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Wasseraufsicht über die Wasserläufe zweiter Ordnung in den Landkreisen Euskirchen und Grevenbroich und der kreisfreien Stadt Neuß. Vom 19. März 1959 (GV. NW. S. 72).

Die Gliederungsnummer muß sowohl im Inhaltsverzeichnis (S. 63) als auch über der Verordnung (S. 72) statt 94 richtig heißen: „232“.

— GV. NW. 1959 S. 92.

Einzelpreis dieser Nummer 0,40 DM

Einzellieferungen nur durch die August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (je Einzelheft 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post: Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 4,50 DM, Ausgabe B 5,40 DM.